



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 20. Mai 2022  
(OR. en)

9336/22

DEVGEN 100  
ACP 60  
RELEX 676

## BERATUNGSERGEBNISSE

---

Absender:	Generalsekretariat des Rates
vom	20. Mai 2022
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	8938/22
Betr.:	Die erneuerte Partnerschaft der EU mit den am wenigsten entwickelten Ländern – Schlussfolgerungen des Rates (20. Mai 2022)

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zur erneuerten Partnerschaft der EU mit den am wenigsten entwickelten Ländern, die der Rat auf seiner 3870. Tagung vom 20. Mai 2022 gebilligt hat.

**Schlussfolgerungen des Rates****zur erneuerten Partnerschaft der EU mit den am wenigsten entwickelten Ländern**

1. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind entschlossen, ambitionierte internationale Partnerschaften zu fördern, und setzen sich angesichts der Herausforderungen, mit denen die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC) bei der Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie der Ziele des Übereinkommens von Paris konfrontiert sind, entschieden dafür ein, im Einklang mit dem neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik gemeinsam mit diesen Ländern multilaterale Lösungen für globale Herausforderungen zu finden. In diesem Zusammenhang verweist der Rat auf das Eintreten der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die Bekämpfung der Armut, die Beseitigung des Hungers, die Verringerung der Schutzbedürftigkeit und die Beseitigung von Ungleichheiten, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird.
2. Angesichts verschärfter geopolitischer Rivalitäten und des zunehmenden globalen Wettbewerbs betont der Rat, dass es notwendig ist, einen wirksamen Multilateralismus zu stärken und gemeinsam nachhaltige internationale Partnerschaften auf der Grundlage gemeinsamer Werte, der Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter und der gegenseitigen Achtung zu fördern. Die LDC sind geschätzte geopolitische Partner, wenn es darum geht, für eine widerstandsfähigere und sicherere Welt sowie für eine nachhaltige und inklusive weltweite Erholung vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und der Aggression Russlands gegen die Ukraine zu sorgen. Der Rat ersucht die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, auf die spezifischen Bedürfnisse der LDC einzugehen, indem solche Partnerschaften im Interesse einer zügigeren Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung wirksam umgesetzt werden.
3. Der Rat weist darauf hin, dass die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) nach wie vor eine wichtige Finanzierungsquelle für die ärmsten Länder – vor allem die LDC – ist, die nicht über die inländischen Kapazitäten zur Beschaffung von Mitteln aus anderen Quellen verfügen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten bekräftigen als weltweit größter ODA-Geber ihre Zusage, gemeinsam bis 2030 den Zielwert, 0,20 % des Bruttonationaleinkommens für die LDC zuzuweisen, zu erreichen – eines der zentralen Ziele der Aktionsagenda von Addis Abeba. Der Rat unterstreicht die Bedeutung der derzeitigen differenzierten Behandlung der LDC und begrüßt die Überarbeitung der Kriterien für die Überwindung des LDC-Status (Graduierungskriterien), bei der den besonderen über das Pro-Kopf-Einkommen hinausgehenden Herausforderungen für diese Länder, darunter Humanressourcen und die wirtschaftliche und ökologische Anfälligkeit, Rechnung getragen wird.

4. Der Rat begrüßt die im Rahmen des im März 2022 angenommenen Doha-Aktionsprogramms erteilte Zusage, konkretere Schritte zur Unterstützung der LDC zu ergreifen, und er betont, wie wichtig das Eintreten der EU, der Mitgliedstaaten und der europäischen Entwicklungsbanken und Finanzinstitutionen für die Umsetzung dieses Programms ist. Er sieht dem für 2023 geplanten zweiten Teil der Fünften Konferenz der Vereinten Nationen über die LDC erwartungsvoll entgegen und ruft dazu auf, ein ehrgeiziges Ergebnis zu erzielen. Der Rat weist ferner darauf hin, wie wichtig es ist, die besonderen Herausforderungen für Länder, die den LDC-Status hinter sich lassen, anzugehen, um einen nachhaltigen und reibungslosen Übergangsprozess zu gewährleisten.
5. Der Rat weist darauf hin, dass der Ansatz der EU in Bezug auf internationale Partnerschaften auf einer nachhaltigen und vorhersehbaren Finanzierung und den Grundsätzen einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit, auf gemeinsamen Werten und auf der bestmöglichen Nutzung des Konzepts „Team Europa“ beruht. Er ermutigt die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, bei der Umsetzung regionaler und globaler Partnerschaften und Strategien auf der Grundlage inklusiver Prozesse, des Grundsatzes der Eigenverantwortung und der gemeinsamen Interessen die spezifischen Bedürfnisse der LDC zu berücksichtigen. In diesem Geiste ersucht der Rat die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, den auf dem Gipfeltreffen EU-AU vom 17./18. Februar 2022 in Brüssel sowie auf dem Ministerforum EU-indopazifischer Raum vom 22. Februar 2022 in Paris eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen und dabei auf dem Besitzstand der AKP-EU-Partnerschaft aufzubauen.
6. Der Rat betont, wie wichtig es ist, die Auslöser und Hauptursachen von Konflikten und Fragilität, von denen viele LDC betroffen sind, wirksam anzugehen, darunter Ungleichheiten, fehlende demokratische und verantwortungsvolle Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, der Klimawandel und der Kampf um natürliche Ressourcen. In diesem Zusammenhang betont der Rat ferner, dass weiterhin gegen die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung vorgegangen werden muss. Diese Herausforderungen machen deutlich, dass Ansätze der integrierten und nachhaltigen Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklungshilfe und Frieden von zentraler Bedeutung sind und wie wichtig es ist, gemeinsame Konfliktanalysen durchzuführen. Der Rat stellt fest, dass Armut und Ungleichheiten insbesondere in den LDC das Risiko von Konflikten und Fragilität erhöhen. In diesem Zusammenhang betont der Rat, dass es notwendig ist, neue Krisen zu verhindern und auf diese zu reagieren, Resilienz aufzubauen, um die Hauptursachen der Fragilität zu beseitigen, und einen inklusiven und nachhaltigen Aufschwung im Einklang mit dem Konzept eines besseren und grüneren Wiederaufbaus zu fördern, der sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung orientiert und mit dem alle Arten von Ungleichheiten angegangen werden und niemand zurückgelassen wird.

7. Der Rat nimmt mit großer Besorgnis die tiefgreifenden negativen Auswirkungen der Aggression Russlands gegen die Ukraine auf die weltweite Ernährungssicherheit und die Nahrungsmittelpreise zur Kenntnis. Dadurch wird die bereits alarmierende weltweite Ernährungssicherheitslage, die durch die COVID-19-Pandemie, den Klimawandel und andere globale Herausforderungen entstanden ist und sich insbesondere auf die LDC und jene Länder auswirkt, die am stärksten von einer externen Nahrungsmittel-, Energie- und Düngemittelversorgung abhängig sind, weiter verschärft, wie von der Krisenreaktionsgruppe der Vereinten Nationen hervorgehoben wird. Diesbezüglich bekräftigt der Rat, dass eine rechtzeitige und wirksame Abstimmung mit internationalen Organisationen und anderen einschlägigen Partnern und Initiativen wie der FAO und anderen in Rom ansässigen Organisationen, der Globalen Allianz für Ernährungssicherheit der G7 und der Initiative FARM erforderlich ist, um die internationalen Anstrengungen zur Bewältigung der globalen Ernährungssicherheitsbelange zu verstärken. Der Rat betont insbesondere, dass die eigenen Kapazitäten der LDC zur nachhaltigen Lebensmittelerzeugung gestärkt und ihre Lebensmittelversorgungsketten diversifiziert und die Hindernisse für den offenen Handel mit Lebensmittelerzeugnissen abgebaut werden müssen. Die EU wird im Einklang mit der Mitteilung der Kommission zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelsysteme vom März 2022 ihre Partnerländer, insbesondere die am stärksten gefährdeten Länder, auch weiterhin beim Übergang zu einem widerstandsfähigen und nachhaltigen Ernährungssystem unterstützen.
8. Der Rat betont, dass die LDC in Bezug auf den Klimawandel, den Verlust an biologischer Vielfalt und die Zerstörung der Umwelt besonders stark gefährdet sind und dass ihnen beim Klimaschutz und bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt eine entscheidende Rolle zukommt. In Bezug auf das Übereinkommen von Paris und den Klimapakt von Glasgow erkennt der Rat die besonderen Herausforderungen für die LDC im Zusammenhang mit der Anpassung an den Klimawandel und dem Klimaschutz und ihre besonderen diesbezüglichen Bedürfnisse an. Darüber hinaus begrüßt der Rat die Fortschritte, die auf der COP 26 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) zugunsten der LDC erzielt wurden, und die jüngsten Arbeiten des Weltklimarates, wie seinen Beitrag mit dem Titel „Impacts, Adaptation and Vulnerability“ (Auswirkungen, Anpassung und Schwachstellen). Der Rat ruft dazu auf, auf der COP 15 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt einen ehrgeizigen neuen globalen Rahmen für die biologische Vielfalt mit klaren Zielen und einer strikten und transparenten Umsetzungsregelung anzunehmen, der auch mit angemessenen finanziellen und nichtfinanziellen Ressourcen einhergehen wird, die für die LDC von entscheidender Bedeutung sind. Wie in anderen Ländern auch sollten die politischen Maßnahmen in den LDC in den Bereichen wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Anpassung an den Klimawandel, Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt, integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen, Bekämpfung der Bodenverschlechterung, Entwaldung und Wüstenbildung sowie Katastrophenvorsorge in integrierter und kohärenter Weise umgesetzt werden, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel zu verbessern und eine nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ökosysteme zu fördern, wie zum Beispiel bei der Initiative „Große Grüne Mauer“ („Great Green Wall Accelerator“) der Fall.

9. Der Rat stellt mit Besorgnis fest, dass die COVID-19-Krise überaus deutlich gezeigt hat, dass die LDC sehr anfällig für externe Schocks sind und dass sie die LDC bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die menschliche Entwicklung, zurückgeworfen hat. Der Rat ersucht die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, besonderes Augenmerk auf die menschliche Entwicklung in den LDC zu legen, indem sie in den Bereichen Gesundheit und Menschenrechte, Ernährungssicherheit und Ernährung, Bildung, Digitalisierung und Zugang zum Sozialschutz sowie bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. In diesem Zusammenhang weist der Rat darauf hin, wie wichtig ein transformativer Ansatz ist, bei dem die Ursachen der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten angegangen werden, und betont ferner, dass der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, der Stärkung der Rolle der Frau und der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung sowie der Bekämpfung der Mehrfachdiskriminierung von schutzbedürftigen oder marginalisierten Menschen in den LDC eine besonders große Bedeutung zukommt und dass sie eine Priorität der EU in all ihren Tätigkeitsbereichen darstellt. Der Rat weist darauf hin, dass die EU weiterhin für vermehrte Bemühungen und Maßnahmen zur Gewährleistung der Förderung, des Schutzes und der Verwirklichung aller Menschenrechte sowie für die vollständige und wirksame Umsetzung der Aktionsplattform von Peking und des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) sowie der Ergebnisse ihrer Überprüfungskonferenzen eintritt und dass sie sich in diesem Zusammenhang weiter für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte einsetzt. Vor diesem Hintergrund bekräftigt die EU, dass sie für die Förderung, den Schutz und die Verwirklichung des Rechts jeder Person eintritt, über Angelegenheiten, die mit ihrer Sexualität und ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit zusammenhängen, die vollständige Kontrolle zu behalten und frei und verantwortungsbewusst über diese Fragen zu entscheiden, ohne dabei Diskriminierung, Zwang oder Gewalt ausgesetzt zu sein. Die EU betont darüber hinaus die Notwendigkeit eines universellen Zugangs zu hochwertigen und erschwinglichen umfassenden Informationen, Bildungsangeboten, einschließlich umfassender Sexualerziehung, und Gesundheitsdiensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.
10. Der Rat ersucht die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, den Ausbau der Kapazitäten des Gesundheitssystems und der öffentlichen Infrastruktur in den LDC weiter zu unterstützen, um eine universelle Gesundheitsversorgung zu erreichen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf einen entsprechenden Rechtsrahmen und die Produktionskapazitäten für Arzneimittel ebenso wie auf einen besseren Zugang zu Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene sowie zu grundlegenden Gesundheitsdiensten gelegt werden. In diesem Zusammenhang hebt der Rat die für Afrika entwickelten „Team-Europa“-Initiativen hervor, die sich beispielsweise auf die Gesundheitssicherheit und die Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion, die digitale Gesundheit, die Herstellung von und den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Technologien im Zusammenhang mit Gesundheitsprodukten, die Unterstützung von Einrichtungen für öffentliche Gesundheit.

11. Der Rat betont, wie wichtig es ist, die Stärkung der Bildungssysteme in den LDC zu unterstützen, um einen gleichberechtigten und inklusiven Zugang zu hochwertiger Bildung für alle zu ermöglichen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Mädchen und jungen Frauen, Menschen mit Behinderungen und Menschen in besonders prekären Situationen liegt. Der Rat betont, dass der Ernährung, die Kinder und Jugendliche benötigen, damit sie wachsen und ihr volles Potenzial entfalten können, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, auch durch Gesundheits- und Ernährungsprogramme an Schulen. Der Rat unterstreicht, wie wichtig junge Menschen bei der Gestaltung der Zukunft ihrer Heimatländer sind und dass ihnen Zukunftsperspektiven auf der Grundlage der Entwicklung von Kompetenzen und einer besseren Integration geboten werden müssen, die dem Bedarf des lokalen Arbeitsmarktes entsprechen. Der Rat ersucht die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, den Aufbau von Kapazitäten für Grund- und Sekundarbildung, technische und berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Hochschul- und Forschungseinrichtungen in den LDC zu unterstützen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Rat, wie wichtig es ist, Forschende aus diesen Ländern in einen erneuerten Reflexionsprozess über länder- und regionenspezifische Herausforderungen und die geeigneten Instrumente zu deren Bewältigung einzubinden.
12. Der Rat ermutigt die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, ihre Anstrengungen zur Stärkung der endogenen Kapazitäten der Volkswirtschaften der LDC fortzusetzen, indem sie die nachhaltige Entwicklung, den Handel und die Widerstandsfähigkeit von Volkswirtschaften unterstützen, unter anderem durch entsprechende Strukturreformen, die vorrangig auf die Stärkung der Mobilisierung inländischer Ressourcen, der öffentlichen Finanzverwaltung und der guten Regierungsführung, auf bessere Bedingungen für die Entwicklung des Privatsektors und für ausländische Direktinvestitionen sowie auf verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln und Standards für Sorgfaltspflichten auf lokaler Ebene abstellen. Der Rat erkennt die Bedeutung der Budgethilfe und des Kapazitätsaufbaus, einschließlich des Fachwissens des europäischen öffentlichen Sektors und von Peer-to-Peer-Partnerschaften, bei der Verfolgung dieser Ziele an, sofern die Umstände dies zulassen. Der Rat hebt die strukturellen Schwachstellen auf den Arbeitsmärkten der LDC und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Produktion und Produktivität hervor und betont, wie wichtig es ist, Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit zu fördern und die Arbeitsmarkteinrichtungen zu stärken. Darüber hinaus fordert der Rat die zügige, koordinierte und transparente Umsetzung des „Gemeinsamen Rahmens zum Umgang mit Schulden über die DSSI hinaus“ und der Initiative im Zusammenhang mit der freiwilligen Umlenkung von Sonderziehungsrechten oder frei verwendbaren Währungen von Mitgliedstaaten und anderen Ländern mit einer soliden Zahlungsbilanzposition gegenüber gefährdeten Ländern, um deren Erholung zu unterstützen.

13. Der Rat ersucht die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten, die Ziele des Global Gateway weiterzuverfolgen und öffentliche und private Investitionen in nachhaltige Konnektivität und hochwertige Infrastruktur auf der Grundlage der Bedürfnisse und Möglichkeiten der lokalen und regionalen Wirtschaften und Gemeinschaften – wie im Dialog mit den Partnerländern ermittelt – sowie der strategischen Interessen der EU zu erleichtern. Der Rat ersucht die Kommission, in Abstimmung mit dem EAD, sowie die Mitgliedstaaten und die europäischen Entwicklungsbanken und Finanzinstitutionen ferner,
- die Bereitstellung technischer Hilfe – nach Möglichkeit gemäß dem Konzept „Team Europa“ – für die LDC zu sondieren, um die Entwicklung nachhaltiger und bankfähiger Projekte und die Schaffung eines Umfelds, das der Ausweitung nachhaltiger Finanzierungen und Investitionen förderlich ist, voranzubringen;
  - die Möglichkeiten für eine innovative und inklusive Finanzierung zur Mobilisierung von privatem Kapital für die LDC unter Berücksichtigung bestehender bewährter Verfahren und damit zusammenhängender internationaler Initiativen, einschließlich der G7-Partnerschaft für Infrastruktur und Investitionen, zu sondieren.

Konnektivitätsprojekte sollten nach den höchsten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Standards geplant und durchgeführt werden.

14. Der Rat erkennt ferner die Schlüsselrolle an, die lokalen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft zukommt, wenn es um eine inklusive und nachhaltige Entwicklung geht, und zwar als unabhängige Akteure der Governance und der Entwicklung sowohl für sich genommen wie auch als Durchführungspartner. Der Rat äußert Bedenken bezüglich des schrumpfenden Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft und betont, wie äußerst wichtig es ist, den Raum für das bürgerschaftliche Engagement der Zivilgesellschaft in vielen LDC zu schützen und zu fördern. Die dezentrale Zusammenarbeit und das Fachwissen des öffentlichen Sektors sind ebenfalls wichtige Instrumente für die europäische Kooperationspolitik hinsichtlich LDC, die die institutionellen Kapazitäten und die Konsolidierung der lokalen Wirtschaftsentwicklung und Governance stärken.

15. Der Rat bestärkt die Kommission, den EAD und die Mitgliedstaaten darin, zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den LDC und bei der Umsetzung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI/Europa in der Welt) das Konzept „Team Europa“ umfassend zu nutzen. Im Rahmen dieses neuen ganzheitlichen und inklusiven Ansatzes sollten alle für die LDC zur Verfügung stehenden Instrumente mobilisiert werden, insbesondere die „Team Europa“-Initiativen und die Instrumente der europäischen Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung, wie etwa der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung plus (EFSD+); dabei sollte den europäischen Entwicklungsbanken und Finanzinstitutionen, einschließlich der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), eine wichtigere Rolle zukommen und mit lokalen und regionalen Banken sowie anderen internationalen Akteuren zusammengearbeitet werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte den speziellen Herausforderungen bei der praktischen Umsetzung der Modalitäten und Anwendung der Instrumente in den LDC gewidmet werden, nämlich insbesondere die fragile Staatlichkeit sowie Konflikt- oder Postkonfliktsituationen.
16. Der Rat betont, wie wichtig es ist, die Kohärenz und Sichtbarkeit der Partnerschaft der EU mit den LDC zu verbessern und dabei nach dem Konzept „Team Europa“ zu verfahren, etwa unter Nutzung der Global Gateway-Strategie, und er stellt fest, dass eine koordinierte Kommunikationsstrategie verfolgt werden muss, um gegen Desinformation anzugehen. Der Rat ersucht die Kommission, den EAD, die EIB, die EBWE und die Mitgliedstaaten, bei den gemeinsamen Bemühungen der EU im Rahmen eines „Team Europa“-Ansatzes für eine effektive Kommunikation und wirksame diplomatische Kontakte zu sorgen, unter anderem durch eine entsprechende Abstimmung zwischen den EU-Delegationen und den Mitgliedstaaten.